



Simulation Europäisches Parlament 2012

Eine Veranstaltung der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.
Tel: +49 30 97005492 | Fax: +49 30 28877487 | Mobil: +49 176 79800641
simep@jeb-bb.de | www.simep.eu | www.facebook.com/simep.eu



Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament

über weitere Schritte zur Neuausrichtung der EU-Außenbeziehungen zur südlichen Nachbarschaft

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- unter Hinweis auf den Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas vom 17. September 2012,
 - unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2011 zu den außenpolitischen Maßnahmen der EU zur Förderung der Demokratisierung,
 - unter Hinweis auf die gemeinsamen Mitteilungen der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 25. Mai 2011 mit dem Titel „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ und vom 8. März 2011 mit dem Titel „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“,
 - unter Hinweis auf Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 19. November 2012,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses (DEVE) vom 19. November 2012,
- A. in der Erwägung, dass die Ereignisse im Mittelmeerraum es erforderlich machen, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reformen in diesen Staaten wirksam zu unterstützen;
- B. in der Erwägung, dass der Einsatz von Gewalt zur Unterdrückung von Reformbestrebungen, insbesondere der anhaltende Gewaltexzess in Syrien, einhellig verurteilt wird;
- C. in der Erwägung, dass es aus den Fehlern der Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu lernen gilt;
- D. in der Erwägung, dass die mangelnde Kohärenz und fehlende politische Schlagkraft der EU in ihrem Außenhandeln die Notwendigkeit weiterer Reformen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) unterstreichen;
- E. in Erwägung der Notwendigkeit weiterer Reformen angesichts der offensichtlichen Defizite der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), insbesondere der unklaren Definition von Standards, der inkonsequenten Durchsetzung von Konditionalität und der fehlenden Einbeziehung der Zivilgesellschaft;

Einen Raum des Friedens, der Sicherheit, des Wohlstands und der Demokratie schaffen

1. vermissen in der bisherigen Politik der EU gegenüber ihren südlichen Nachbarn eine klare Zieldefinition;
2. betonen, dass stabile Regierungen in der südlichen Nachbarschaft, die die Voraussetzungen Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllen, einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit der EU leisten;
3. erachten die Förderung der Menschenrechte und die Stärkung der Wirtschaft in den südlichen Nachbarstaaten als wichtige Beiträge, die die EU zur Stabilisierung der neu entstandenen Demokratien leisten kann;
4. betonen, dass eine vertiefte Kooperation mit Staaten der südlichen Nachbarschaft Fortschritte in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voraussetzt. Die Gewährung humanitärer Hilfe wird davon nicht berührt;



Junge Europäische Bewegung



Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.

Verantwortlich: Jano Costard und Daniel Kempin

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin | Tel: 030 97005492 | 0176 79800641
simep@jeb-bb.de | www.simep.eu | www.facebook.com/simep.eu

Gefördert durch:



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Eine aktive Rolle der EU in den Außenbeziehungen zur südlichen Nachbarschaft sicherstellen

5. sind überzeugt, dass sich die EU durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) stärker an der Lösung regionaler Konflikte beteiligen und dass sie dabei eine aktive und kohärente Rolle spielen soll;
6. erachten folgende Themen als wichtigste Elemente einer anzustrebenden Reform der GASP:
 - a. die vollständige Integration der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik als europäische Außenministerin in die Europäische Kommission,
 - b. die gleichberechtigte Beteiligung des Europäischen Parlaments an den Beschlüssen des Rats der EU zur GASP,
 - c. den Übergang zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung im Rat der EU über Beschlüsse zur GASP;

Neue Instrumente zur Stabilisierung der Demokratien in der südlichen Nachbarschaft entwickeln

7. unterstützen weitere humanitäre Hilfe sowie die Fortentwicklung der ENP in der südlichen Nachbarschaft;
8. weisen auf die Bedeutung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren für den Aufbau menschenrechtskonformer Demokratien hin, und betonen, dass diese Zusammenarbeit auch zivilgesellschaftliche Organisationen mit religiösem Hintergrund einschließen muss, die die Grundrechte, die in der Grundrechtecharta der EU festgeschrieben sind, achten; dies muss von der Kommission im Rahmen der ENP evaluiert werden;
9. begrüßen das neue leistungsorientierte Konzept „mehr für mehr“ (positive Konditionalität) als Anreiz für Reformen und sind der Auffassung, dass dies auch durch ein Konzept des „weniger für weniger“ (negative Konditionalität) ergänzt werden sollte;
10. fordern den Rat der EU und die Kommission auf, das Parlament durch die Schaffung eines Konsultationsmechanismus in den Entscheidungsprozess über die ENP einzubeziehen;

o
o o
11. beauftragen ihren Präsidenten, diese Entschließung dem Rat der EU, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem EAD, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der ENP-Staaten zu übermitteln.